



Weststeirisches **ECHO**



ZEITUNG DER **KPÖ** WESTSTEIERMARK

Ausgabe der Steirischen Volksstimme, April 2024

Heizkostenzuschuss: Land lässt Millionen liegen

Seite 5

Arbeit muss sich wieder lohnen

Bei der steirischen Arbeiterkammer-Wahl sind Georg Erkinger und Hilde Tragler die Spitzenkandidaten der Liste 5 –GLB KPÖ.



Die arbeitenden Menschen brauchen eine Interessenvertretung, die auch unangenehme Themen anspricht und sich konsequent für die Interessen der Arbeiter:innen und Angestellten einsetzt. Für den GLB-KPÖ kandidieren Menschen mitten aus dem Arbeitsleben, aus der Metallindustrie ebenso wie aus dem Pflegebereich oder Handelsangestellte. Wir wissen wo der Schuh drückt und sind die Stimme für soziale Gerechtigkeit.

Seite 4



Konsequent
für unsere Interessen!



GLB-KPÖ
GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK – KPÖ

16. – 29. APRIL 2024

IN IHREM BETRIEB ODER PER BRIEFWAHL

Tag der offenen Konten der KPÖ Weststeiermark

Claudia Klimt-Weithaler gibt wie alle KPÖ-Politiker:innen den Großteil ihres Bezugs an Menschen in Notlagen weiter – auch bei uns in der Weststeiermark. 10.176,90 Euro waren es im vergangenen Jahr 2023, die 68 Menschen im Bezirk Voitsberg zugutegekommen sind. Jedes Jahr wird an einem Tag der offenen Konten Bericht erstattet.

Sabine Wagner, KPÖ-Gemeinderätin in Voitsberg dazu: „In unseren Sozialsprechstunden erfahren wir unmittelbar, wo der Schuh drückt. Im vergangenen Jahr waren es vor allem die sehr hohen Wohn- und Lebenskosten, die viele Menschen an den äußersten Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten bringen.“

Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im Land-

tag, ergänzt: „Wir sind der Meinung: Wenn sich in einem reichen Land wie Österreich Menschen entscheiden müssen, ob sie am Ende des Monats noch einmal Lebensmittel einkaufen gehen oder doch lieber die Miete und die Energierechnungen begleichen sollen, dann läuft etwas gewaltig schief.“

Als Hauptursache benennen die beiden Kommunistinnen die beharrliche Weigerung der Bundesregierung, endlich in die Preise für Grundnahrungsmittel und Energie einzugreifen und eine Mietpreisbremse einzuführen, die diesen Namen auch verdient. Gerade deshalb braucht es in Zeiten wie diesen auf allen Ebenen eine starke KPÖ, die sich für die Interessen der normalen Leute ohne eigene Lobby stark macht.



KPÖ Gemeinderätin Sabine Wagner und Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler präsentierten die Abrechnung der "Offenen Konten" der KPÖ für die Weststeiermark.

8. März Internationaler Frauentag

Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, waren wieder zahlreiche Aktivist:innen der KPÖ unterwegs

und verteilten Nelken. Denn rote Nelken sind ein Symbol für die Arbeiter:innen- und Frauenbewegungen.

Am 8. März wird wieder einmal sichtbar, wie viele Forderungen der Frauenbewegungen nach wie vor nicht umgesetzt sind. Die Gleichstellung gibt es zwar am Papier, aber im realen Leben schaut es leider noch immer anders aus. Es gibt in diesem Bereich noch sehr viel an Aufholbedarf und darum müssen wir nicht nur an einem Tag wie heute, sondern an jedem anderen Tag auch, für die Rechte von Frauen eintreten.



Aktivist:innen der KPÖ bei einer Verteilaktion in Deutschlandsberg. Es geht um höhere Löhne und leistbares Wohnen. Wollen auch Sie sich dafür einsetzen?

Melden Sie sich doch bei uns: 0677/640 22 513

Cleomarkt - Tiertafel in Voitsberg



Niemand soll gezwungen sein, sein Haustier aus Kostengründen weggeben zu müssen. Darum können sich Menschen mit geringem Einkommen in Zukunft einmal im Quartal kostenloses Tierfutter im Voitsberger KPÖ-Parteiheim (Conrad-von-Hötzendorf-Straße 29) abholen.

Diese neue Aktion haben LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

und Sabine Wagner in Voitsberg vorgestellt.

Voraussetzung ist der Bezug von Sozialhilfe/Mindestsicherung, Notstandshilfe, Wohnunterstützung, Ausgleichszulage (Mindestpensionist:innen), Studienbeihilfe oder Arbeitslosengeld. Die nächsten Termine am 27. Februar, 28. Mai und 13. August, jeweils zwischen 14 und 17 Uhr.



Schon jetzt hat man von der Burg einen herrlichen Blick auf Voitsberg. Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich, wozu es noch eine Aussichtsbrücke um unglaubliche 425.000 Euro braucht?

KOMMENTAR

KPÖ Weststeiermark



Von Sabine Wagner
KPÖ-Gemeinderätin in Voitsberg
03142/22 421 oder
0677 / 640 22 513
sabine.wagner@kpoe-steiermark.at

Leistbares Wohnen statt Brücken ins Nichts!

Stellen Sie sich vor, sie wären ab morgen Bürgermeisterin oder Bürgermeister von Voitsberg. Was wäre das Erste, was Sie angehen würden?

Wir machen seit vielen Jahren unsere Sozialberatung. In den Allermeisten Fällen geht es dabei um Probleme mit den Wohnkosten. Ob Miete, Betriebskosten oder Rechnung für die Heizung, alles wurde in den letzten Jahren massiv teurer. Hier müsste man endlich etwas dagegenhalten. Man muss eines wissen: Preise erhöhen sich nie von selbst, sie werden erhöht, und irgendjemand verdient dabei. Das ist der Hintergrund, wenn von Teuerung oder Inflation die Rede ist. Darum ist es so wichtig, dass es öffentlichen Wohnbau gibt. Bei Gemeindewohnungen bestimmt der Gemeinderat, wie hoch die Miete ist, und nicht irgendein Immobilienspekulant. Jedenfalls sollte das so sein. Und je mehr Gemeindewohnungen es gibt, desto schwerer tun sich die privaten Vermieter, überteuerte Wohnungen anzubringen. Wenn all jene, die vor den Wahlen leistbares Wohnen fordern, nach den Wahlen hier etwas tun würden, wäre es für viele Menschen leichter.

In Voitsberg haben wir aber leider kaum Geld für unsere Gemeindewohnungen. Stattdessen investieren wir in den sogenannten SkyWalk. Das ist eine Brücke, die ins Nichts führt, und angeblich Massen an Touristen in unsere Gemeinde bringen soll. 425.000 Euro soll der Spaß kosten. Ich frage Sie noch einmal: Wenn Sie Bürgermeisterin oder Bürgermeister wären, wo würden Sie das Geld ausgeben – für die Brücke ins Nichts, oder doch dafür, dass das Wohnen wieder leistbar wird?

**Bleiben Sie am Laufenden: Newsletter der KPÖ
und Steirische Volksstimme abonnieren!**
www.kpoe-steiermark.at/abo

Konsequent für unsere Interessen

Tel. 0677/612 538 99 – E-Mail: glb@glb-steiermark.at • Facebook: glbsteiermark

16. – 29. APRIL 2024

Zwischen 16. und 29. April 2024 wird die steirische Arbeiterkammer-vollversammlung neu gewählt. Derzeit haben dort die SPÖ-Gewerkschafter eine Übermacht. Der GLB-KPÖ tritt an, damit in der AK für die arbeitenden Menschen wirklich was weitergeht.

Wir brauchen Löhne, von denen wir leben können. Wir brauchen **sichere Jobs statt Leiharbeit**, Befristungen und ständigen **Sorgen um den Arbeitsplatz**. Und wir brauchen **Wohnungen**, die wieder **leistbar** sind.

Die Arbeiterkammer als gesetzliche Interessensvertretung der arbeitenden Leute könnte dazu einen Beitrag leisten und Druck auf die Regierenden machen. Deshalb ist es wichtig, **wer** in der AK Einfluss hat.

Bei dieser AK-Wahl entscheiden Sie, ob Sie die Funktionäre jener Parteien stärken wollen, die für die jetzige Lage verantwortlich sind, oder ob Sie den Regierenden einen Denkzettel verpassen möchten.

Wenn Sie eine starke Stimme für Gerechtigkeit in der AK wollen, die auch einmal auf den Tisch haut, dann unterstützen Sie bei der Wahl die **Liste 5 – GLB-KPÖ!**

Wir stellen vor: Kandidatinnen und Kandidaten des GLB-KPÖ bei der Arbeiterkammerwahl



Lisbeth Zeiler arbeitet in einer Bäckerei:

Immer mehr Menschen nehmen die Politik nur mehr als Schlammschlacht, Postenschacher und Selbstbedienung wahr. Politik muss aber bedeuten für andere da zu sein, uneigennützig für diejenigen einzutreten, die sonst keine Lobby haben. Dafür steht GLB-KPÖ.



Alexandra Hude arbeitet bei Magna in Graz

Als Betriebsrätin weiß ich um die Sorgen meiner Kolleginnen und Kollegen Bescheid. Fließbandarbeit und Stress, dazu die ständige Sorge um die Auftragslage. Da ist es wichtig, dass sich jemand für die einfachen Arbeiter einsetzt.



Udo Ranninger arbeitet bei voestalpine

Wir Arbeiter in der Stahlbranche sind es gewohnt, „heiße Eisen“ anzufassen. Auch in der AK braucht es Menschen, die jene Themen ansprechen, die uns alle betreffen. Der GLB-KPÖ setzt sich konsequent für unsere Interessen ein.



Sener Edepali ist Betriebsratsobmann bei Salesianer Miettex

Die arbeitenden Menschen müssen in allen Fragen gehört werden, die sie betreffen. Nein zu längeren Arbeitszeiten und Schichtmodellen, bei denen die Überstundenzuschläge wegfallen! Für eine starke Stimme in der AK, denn nur gemeinsam sind wir stark!



Philipp Ulrich ist Betreuer und Pfleger bei Lebensgroß

Die Menschen im Sozial- und Pflegebereich leisten eine hervorragende Arbeit trotz immensen Arbeitsdrucks. Ich möchte ihnen in der AK eine Stimme geben und klar ausdrücken, dass sich die Arbeit mit Menschen nicht weiterhin an Profiten orientieren darf.“



Michaela Bigler ist Pflegerin bei den Geriatrischen Gesundheitszentren Graz

Ich kandidiere für den GLB, weil gerade wir Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegebereich eine ehrliche Vertretung in der Arbeiterkammer brauchen.

Weststeirisches ECHO

Ausgabe des Regionalmediums Steirische Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlagsort: Graz. Tel. 0316 / 71 24 79. Fotos: KPÖ, Adobe Stock. E-Mail: jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at

Druck und Versand:
Druckwerk 6,
8605 Kapfenberg



GLB-KPÖ

GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK – KPÖ

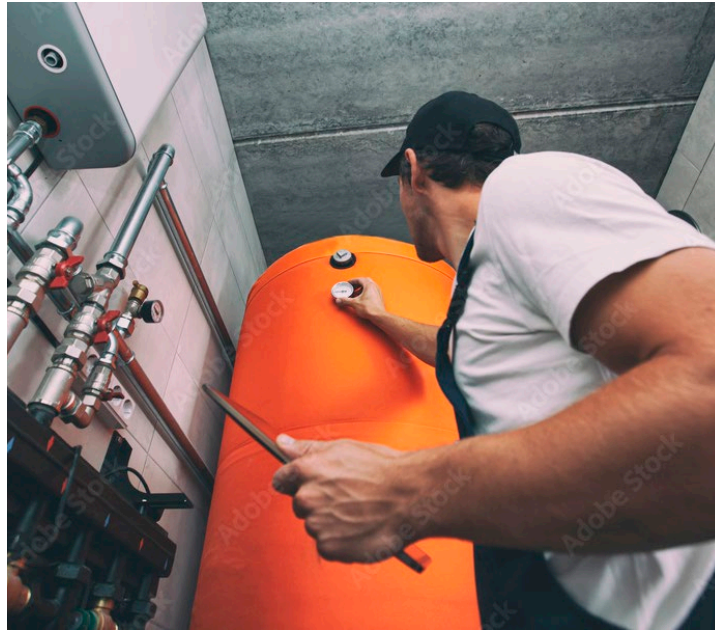
Wohn- und Heizkosten: Land lässt Millionen liegen

Weil Landesrätin Doris Kampus (SPÖ) zu enge Regeln festlegte, fallen die Steuerinnen und Steirer um 20 Millionen Euro um.

Aufgrund der hohen Kosten für Heizen, Strom und Wohnen musste die Bundesregierung letztes Jahr reagieren. Sie stellte der Steiermark 94 Millionen Euro zur Verfügung, um sie an Menschen auszu zahlen, die sich schwer mit dem Bestreiten dieser Kosten tun. Die Regeln für die Auszahlung legte SPÖ-Soziallandesrätin Kampus fest: wer im Haushalt weniger als rund 30.000 netto pro Jahr verdient, sollte den Zuschuss bekommen. Dazu kamen jene Haushalte, die Wohn- oder Sozialunterstützung beziehen oder den Heizkostenzuschuss des Landes letzte Heizperiode bekommen haben.

Die KPÖ hat schon im Frühjahr vergangenen Jahres die Grenze von 30.000 Euro kritisiert. Nicht nur war sie zu niedrig angesetzt, auch wurde nicht berücksichtigt, ob in einem Haushalt nur eine Person oder etwa eine Familie mit mehreren Kindern lebt. Für Familien hätte es freilich höhere Grenzen und auch einen erhöhten Zuschuss gebraucht. Die Antwort der SPÖ-Landesrätin: „Aus unserer Sicht ist die Einkommensgrenze völlig gerechtfertigt!“

Dennoch musste man dann seitens der Landesregierung im Oktober nachbessern – wenige Monate, nachdem die KPÖ-Kritik in den Wind geschlagen wurde. Die Einkommensgrenzen wurden auf rund 40.000 Euro erhöht. Allerdings zu spät: Rund 20 Millionen Euro konnten nicht mehr ausbezahlt werden. Das ergibt sich aus Berechnungen auf Basis offizieller Zahlen der Landesregierung zu den Anträgen. Über die konkrete Summe wollte die Landesrätin freilich keine Auskunft erteilen.



Aus politischen Gründen wurden die Heizkosten hochgetrieben. Jetzt bleibt die Hilfe des Landes aus

Fraglich bleibt, was mit dem Geld passiert. Der Bund hat die Frist für die Verwendung bis Ende des Jahres verlängert. Es könnte sein, dass das Geld nun für den regulären Heizkostenzuschuss des Landes hergenommen wird – so würden aber nicht Bürger:innen zusätzlich entlastet werden, sondern das Sozial-Budget des Landes.

„Die Zuschuss-Politik war von Anfang an verunglückt“, so KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. „Die Menschen haben sich in all den Boni und Zah-

lungen nicht mehr ausgekannt. Man hätte gleich Beihilfen systematisch ausbauen müssen. Ob nun wirklich allen Betroffenen geholfen werden konnte, scheint für die Landesregierung gar keine Rolle zu spielen. Und anstatt Ratschläge anzunehmen, wenn etwas nicht funktioniert, lässt man nun zig Millionen ungenutzt.“ Die KPÖ wird sich dafür einsetzen, dass das Bundesgeld direkt Menschen in der Steiermark zugutekommt und nicht im Budget der Landesregierung versickert.



KPÖ Klubobfrau im Landtag Claudia Klimt-Weithaler: „Die Zuschuss-Politik des Landes war von Anfang an verunglückt. Die Menschen haben sich nicht mehr ausgekannt.“

SERVICE Richtsätze 2024

Pensionen - Ausgleichszulage brutto Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: € 1.217,66 für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften: € 1.921,46 Erhöhung pro Kind: € 187,93

Sozialunterstützung

Höchstsätze 2024

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen: € 1.155,84 Volljährige im gemeinsamen Haushalt.. € 809,09 ab 3. volljährige Person: € 520,13 1., 2., 3. Kind: € 242,73 ab dem 4. Kind: € 202,27 Der Höchstsatz teilt sich zu 60 % (€ 693,50) in Lebensunterhalt und zu 40 % (€ 462,34) in Wohnbedarf. Betragen die Wohnkosten (Miete, Heizung, Strom, Haushaltsversicherung) weniger als 40 % werden nur die tatsächlichen Wohnkosten ausbezahlt. Übersteigen die Wohnkosten die 40 %, wird eine Wohnkostenpauschale in Höhe von max. 20 % (€ 231,17) gewährt.

Rezeptgebührenbefreiung

Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen bis zu einer Grenze von € 1.217,96 für Alleinstehende und € 1.921,46 für Ehepaare. Die **Rezeptgebühr steigt** von 6,85 auf 7,10 € pro Medikament.

Geringfügigkeitsgrenze

€ 518,44 Euro /Monat

Grenze für ORF-Beitrag/ Telefonentgeltzuschuss:

Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen (Transferleistungen, **keine Gehälter**) bis zu einer Grenze von
1 Person: € 1.364,12
2 Personen: € 2.152,04 für jede zusätzliche Person im Haushalt: € 210,48

Familienbeihilfe

Bei einem Kind unter 3J: € 200,10; über 3J: € 209,30, über 10J: € 232,00, über 19J: € 259,40

Dieser Beitrag erhöht sich bei 2 Kindern um € 8,20, bei 3 um € 20,20 bei 4 um € 30,70 bei 5 um € 37,20, bei 6 um € 41,50 bei 7 um € 60,30. Im September zusätzlich € 116,10 Schulstartgeld für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; **für erheblich behinderte Kinder** kann erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden: Der Zuschlag beträgt € 180,90.

Pflegegeld 2024

Stufe 1:	€ 192,00	65h/Monat
Stufe 2:	€ 354,00	95h/Monat
Stufe 3:	€ 551,60	120h/Mon.
Stufe 4:	€ 872,10	160h/Mon.
Stufe 5:	€ 1.123,50	180h/Mon.
Stufe 6:	€ 1.568,90	üb.180h/M
Stufe 7:	€ 2.061,80	üb. 180h/M

KOMMENTAR



FOTO: KPÖ

Es geht auch anders

Wie viel sind uns Gesundheit und Pflege als Gesellschaft wert? Viele Jahre führten politische Geringschätzung und neoliberaler Sparzwang zu permanenten Verschlechterungen für Patient:innen und Beschäftigte. In Graz hat sich das mit der letzten Wahl geändert: Gesundheit und Pflege sind ein Schwerpunkt der KPÖ. Etliche Schritte vorwärts sind schon gelungen:

- Aufbau der Gesundheitsdreh-scheibe in der Annenstraße
- Stärkung der Pflegedreh-scheibe
- Ausbau der Primärversorgungs-zentren mit Unterstützung der Stadt
- Pilotprojekt: Anstellung pfle-gender Angehöriger
- Pflege-Orientierungsmonat für Berufseinsteiger:innen
- Gehaltsverbesserungen für Beschäftigte der Grazer Geri-atrischen Zentren
- Schwerpunkt seelische Ge-sundheit

Wie unser Gesundheits- und Pflegewesen funktioniert, ist eine Frage des politischen Willens. Für uns ist Gesundheit nämlich keine Ware, wie wir das in seiner schlimmsten Ausformung in den USA sehen. Darum brauchen wir gemeinsame Initiativen für ein starkes öffentliches, solidarisches Gesundheitswesen. In Graz sind uns dabei einige Schritte nach vorne gelungen, die hoffentlich Schule machen – in der Steiermark und in ganz Österreich.

ROBERT KROTZER

ist Landesvorsitzender der KPÖ-Steiermark und Gesundheitsstadtrat in Graz

E-Mail:
robert.krotzer@kpoe-graz.at

Leitspital Liezen bleibt Problemfall

KPÖ und Bürgerinitiative BISS luden zu einer Informationsveranstaltung in Rottenmann.

Das „Leitspital“ Liezen lässt in der Region und im Landtag weiter die Wogen hochgehen. ÖVP-Gesundheitslandesrat Kornhäusl legte sich kürzlich in einem Interview fest: Der Spatenstich soll noch heuer erfolgen. Michael Pretzler und Helmut Gassner von der Bürgerinitiative BISS und die beiden KPÖ-Landtagsabgeordneten **Claudia Klimt-Weithaler** und **Werner Murgg** sehen das letzte Wort noch nicht gesprochen. Im Rahmen eines Informationsabends im bis auf den letzten Platz gefüllten Kleinen Stadtsaal im Volkshaus Rottenmann diskutierten sie darüber, warum das Leitspital-Projekt nicht umgesetzt werden sollte.

Michael Pretzler ging in seinem Referat auf drei große Problemfelder ein, die eine Ge-

nehmigung äußerst schwer bis unmöglich machen. Das betrifft einerseits Baugrube und Material: 60 Prozent des Leitspitals sollen unterirdisch liegen. Daraus ergibt sich eine gewaltige Baugrube. Rund 20.000 LKW-Fuhren wären nötig, um den Aushub zu verfrachten – eine enorme Verkehrsbelastung. Ebenso wurde die strikte **Höhenbeschränkung**, die es untersagt, höher als dreigeschoßig zu bauen, nicht in den Planungen berücksichtigt. „Diese Hindernisse sind mit dieser Planung nach meinem Kenntnisstand unüberwindbar“, folgert Pretzler. BISS-Obmann Helmut Gassner spannte den Bogen von den Anfängen der Proteste gegen das Leitspital-Projekt im Herbst 2017 bis zum heutigen Tag: „Eine Petition mit 17.500 Unterschriften und ein eindeutiges Votum bei der Volksbefragung wischt man nicht so einfach vom Tisch. Wir werden

sicher keine Ruhe geben, bis dieses unsägliche Leitspital-Projekt vom Tisch ist.“

Auch in gesundheitspolitischer Hinsicht ist das Leitspital-Projekt höchst problematisch. „Zentralisieren um jeden Preis, das ist das gesundheitspolitische Credo der Landesregierung. Wozu dieser fehlgeleitete Ansatz führt, können wir in den chronisch überlasteten Spitälern in Leoben und Graz schon beobachten“, hielten KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler und LAbg. Werner Murgg fest. Der Rottenmanner KPÖ-Gemeinderat **Johann Ploder** kritisierte, dass der dortige Bürgermeister bereits über eine Nachnutzung des Spitals diskutieren will: „So macht man sich zum Handlanger der Landesregierung und ihrer Zusperrpläne!“ Sowohl KPÖ als auch die Bürgerinitiative BISS wollen weiter für den Erhalt der bestehenden Spitäler kämpfen.



Riesiges Interesse: Der Saal war bis auf den letzten (Steh-)Platz gefüllt.

44 Betten am LKH Weststeiermark gestrichen

Die Lage in den steirischen Krankenhäusern spitzt sich weiter zu. Anfang Februar sind am Standort Deutschlandsberg des LKH Weststeiermark 44 Betten gestrichen worden. Somit fällt über ein Viertel aller Betten ersatzlos weg. „Landesrat Kornhäusl macht weiter, wo Drexler und Bogner-Strauß aufgehört

haben. Durch die Ausdünnung der Gesundheitsversorgung in den Regionen sind viele gezwungen, für Behandlungen nach Graz auszuweichen. Aber auch dort fehlen die Kapazitäten“, sagt KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**.

In Deutschlandsberg gibt es nach der Kürzung nur mehr

30 statt 57 Betten in der Chirurgie Betten. In der Abteilung Frauenheilkunde und Geburtshilfe gibt es nur mehr 26 statt 33 Betten. An der Abteilung für Innere Medizin werden 10 Betten gestrichen. Lediglich in der Palliativstation kam es zu einer Aufstockung von acht neuen Betten.

MISSTÄNDE BEI DER WOHNBAUFÖRDERUNG

Land lässt Betroffene im Regen stehen

Die Wohnbauförderung des Landes ist eine Maßnahme, die das Wohnen für die Menschen leistbar machen soll. In letzter Zeit werden immer mehr Missstände bekannt, die die Landesregierung in Erklärungsnot bringen.

Ein großes Problem sind die hohen Zinsen, die dafür sorgen, dass die Kosten für Mieter im geförderten Wohnbau massiv angestiegen sind. Problematisch: Der neu eingeführte Wohnbonus gilt nicht für vor 2015 errichtete Genossenschaftswohnungen, rund 25.000 Menschen schauen durch die Finger. Außerdem verlangen einzelne Banken für Wohnbauförderungsdarlehen deutlich höhere Zinsen, als es das Wohnbau-Förderungsgesetz erlaubt. ÖVP und SPÖ sehen aber keinen Grund, im Interesse der Betroffenen aktiv zu werden.

Höhere Preise für Mietkäufer

Besonders brisant sind die Vorgänge im Grazer Messe-



LABg. Werner Murgg kritisierte die Missstände im Wohnungswesen.

quartier: Die Wohnungsgesellschaft ENW weigert sich dort beharrlich, den potenziellen Mietkäufern die geförderten Wohnungen zu den ursprünglich vereinbarten Bedingungen anzubieten. Im Durchschnitt verlangt die ENW um 60.000 Euro mehr, als sie es laut Förderbedingungen des Landes dürfte. Von der Landesregierung ist zu dieser Causa nichts zu hören.

Auf Anfrage der KPÖ richtete Landesrätin Simone **Schmiedt-**

bauer (ÖVP) im Landtag den Betroffenen aus, dass sie das Problem vor Gericht klären sollen, sie sei nicht verantwortlich. Dieses Abputzen erzürnt KPÖ-LABg. **Werner Murgg**: „Ich kann nach wie vor keine effektive Aufsicht der Wohnbaugenossenschaften durch das Land Steiermark erkennen. Das ist fahrlässig. Noch dazu werden die Betroffenen im Regen stehen gelassen. So geht das nicht. Das ist ein handfester Skandal.“

Politikergehälter steigen auch 2024

Über 909 Euro mehr am Gehaltszettel darf sich ÖVP-Landeshauptmann **Christopher Drexler** seit Jahresbeginn freuen. Er bezieht nun satte 19.667 Euro brutto monatlich. Sein Stellvertreter **Anton Lang** von der SPÖ schneidet mit 18.632 Euro im Monat etwas schlechter ab.

Die KPÖ kritisiert diese exorbitant hohen Politikergehälter seit jeher. Wer fast 20.000 Euro brutto pro Monat kassiert, kann keinen Bezug zu den alltäglichen Sorgen und Problemen der normalen Leute haben. Die Konsequenz ist eine Politik von ÖVP und SPÖ, die oft völlig an der

Lebensrealität der Bevölkerung vorbeigeht.

Die KPÖ hat deshalb im Landtag den Antrag eingebracht, die steirischen Spitzenbezüge um mindestens 30 Prozent zu senken. Leider konnten sich

sämtliche anderen Parteien nicht einmal dieser Minimalforderung anschließen. In der Frage der eigenen Luxusbezüge sind sich ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne und Neos dann doch wieder einig.

So viel „verdienen“ Politiker in der Steiermark ab 1.1.2024	
Landeshauptmann	19.667 €
Landeshauptmann-Stv.	18.632 €
Landesregierungsmitglied	17.597 €
Erste Landtagspräsidentin	13.974 €
Klubobleute	12.939 €
Landtagsabgeordnete	6.728 €

KOMMENTAR

Werner Murgg



Landtagsabgeordneter der KPÖ

24 Millionen zu viel bezahlt

Die Grazer Fernwärmekunden werden im Vergleich zu denen in Linz, in beiden Städten gilt eine amtliche Preisregelung, abgezockt. Das habe ich unlängst im Landtag thematisiert. Hintergrund ist, dass Landeshauptmann Drexler nicht alle Möglichkeiten ausnutzt, die er als Regulierungsbehörde zur Verfügung hat. In Folge stiegen die Fernwärmepreise in der Steiermark um über 100 Prozent seit 2022, während sie in Oberösterreich nur um 8 Prozent angehoben wurden. Während man in Linz somit beim Arbeitspreis nur 7 Cent für eine Kilowattstunde bezahlt, kostet sie bei der Energie Steiermark ca. 15 Cent. Ich habe im Landtag vorgerechnet, würde Landeshauptmann Drexler wie in Oberösterreich bei der Preisgestaltung auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kunden berücksichtigen, hätten sich diese seit der gewaltigen Verteuerung vor zwei Jahren ca. 24 Millionen Euro erspart.

Viele Haushalte sind mit Nachzahlungen von mehreren hundert Euro konfrontiert. Die Raten vieler Leute haben sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Kein Wunder, dass sich das oftmals vorne und hinten nicht mehr ausgeht. Auf Druck der KPÖ hat Landeshauptmann Drexler eine Preissenkung angekündigt. Die KPÖ wird das Thema jedenfalls im Auge behalten!

Werner Murgg

Landtagsabgeordneter der KPÖ und Stadtrat in Leoben

E-Mail:

le@kpoe-steiermark.at

**HERAUS
ZUM****1. MAI
in GRAZ****FÜR FRIEDEN UND
GERECHTIGKEIT****DEMONSTRATION
UND MAIFEST**

Die Maidemonstration der steirischen KPÖ unter dem Motto
»Für Frieden und Gerechtigkeit« startet
um 10 Uhr am Grazer Mariahilfer Platz und führt zum Eisernen Tor.

Ab 13 Uhr laden wir zum Mai-Fest ins Volkshaus Graz (Lagergasse 98a)
ein. Es erwartet Sie ein hochkarätiges Programm:

★ **Sosamma Chor** ★ **Chris Molisch** ★ **Montevideo** ★ **Az Acılı**

Für Frieden und Gerechtigkeit

Aufruf der KPÖ Steiermark zum 1. Mai 2024

Der 1. Mai ist ein Symbol für soziale Gerechtigkeit, bessere Arbeitsbedingungen, ein leistbares Leben und Frieden für alle Menschen. Heute ist es notwendiger denn je, dafür auf die Straße zu gehen. Der Kapitalismus und damit unsere Gesellschaft steckt in einer tiefen Krise.

Frieden

Krieg in der Ukraine, im Nahen Osten und Kurdistan, zunehmende Spannungen zwischen den Großmächten: Der Krieg beherrscht Medien und Politik. Zermahlen werden die Menschen, die in den Kriegen sterben, unsere Demokratie und Neutralität, unsere sozialen Rechte und nicht zuletzt die Mittel für den sozialen und ökologischen Umbau unserer Wirtschaft.

Für uns ist klar: in den Kriegen der Mächtigen haben wir nichts zu gewinnen. Wir stehen an der Seite der Opfer. Wir stehen auf gegen den Krieg als Mittel der Politik, für Abrüstung und ein atomwaffenfreies Europa.

Gerechtigkeit

Für immer mehr Menschen ist das Leben kaum noch leistbar. Die Arbeitslosigkeit steigt, Jobs werden unsicher, die Arbeitsbedingungen härter.

Wir kämpfen am 1. Mai für ein leistbares Leben, für Preisregulierung und Mietendeckel.

Gemeinsam können wir etwas ändern!

Machen wir den 1. Mai in Graz zu einem Zeichen der Hoffnung auf Veränderung,

einem Zeichen gegen Armut und Ausbeutung, gegen Kriegspolitik und Aufrüstung, gegen die Aushöhlung unserer Neutralität, gegen Umweltzerstörung und für eine Welt der Solidarität, der Gleichberechtigung, des Friedens und des Sozialismus. Darum lädt die KPÖ Steiermark bei der gemeinsamen Demonstration am 1. Mai alle Menschen ein die gegen die Politik der Schwarz-Grünen Regierungskoalition Widerstand leisten möchten.